

ALLES
MUSS MAN
SELBER
MACHEN...

Das Wahljahr 2009 hat begonnen, die NPD macht sich bereit für den Stimmenfang. Trotz erheblicher, selbst verursachter finanzieller Schwierigkeiten und interner Streitigkeiten um die Parteiführung wird sie alles daran setzen, sich in den kommenden Monaten weiter in den verschiedenen Parlamenten zu etablieren...und ihre Chancen stehen nicht schlecht.

Das staatliche Vorgehen gegen die NPD ist blanker Hohn: Noch immer sitzen V-Leute des Verfassungsschutzes in den Reihen der NPD und machen damit ein Parteiverbot unmöglich.

Das öffentliche Auftreten der NPD wird vom Staat geduldet, ihre Infostände, Wahlveranstaltungen und Aufmärsche von der Polizei geschützt, oftmals mit Verweis auf demokratische Grundrechte. Faschismus aber ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Treten wir AntifaschistInnen der NPD entschlossen entgegen: Mit der Anti-NPD Kampagne „Alles muss man selber machen... Weg mit der NPD!“ wollen wir dort eingreifen, wo immer die NPD-Nazis sich zeigen. Egal ob Stadt oder Land, egal ob leise oder laut – wir werden da sein und ihnen zeigen, dass wir sie nicht wollen. Wir werden in ihren Wahlkampf eingreifen, indem wir zusammen und möglichst überall aktiv sind. Wir rufen alle AntifaschistInnen dazu auf: Stört ihre Infotische, Aufmärsche und Wahlveranstaltungen, lasst ihre Propaganda – wie Wahlplakate, Zeitungen und Flugblätter – nicht unkommentiert hängen und liegen, informiert eure Mitmenschen, wer und was die NPD ist! Schafft Netzwerke und Strukturen für wirksame Aktionen gegen die NPD!

Diese Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit vielen antifaschistischen AktivistInnen in Stadt und Land, in Betrieb und Wohnviertel, an der Schule und bei kulturellen Events einen dauerhaften, breiten und vielfältigen Protest gegen die Aktivitäten der NPD zu ermöglichen.

Alles muss man selber machen: **rechtsfreie Räume schaffen!**

WEG MIT DER NPD!

WARUM JETZT EINGREIFEN?

Die in diesem Jahr stattfindenden Wahlen, insbesondere die Landtagswahlen und Kommunalwahlen, aber als Schlusspunkt auch die Bundestagswahl, sind für die NPD eine Möglichkeit, in weitere Parlamente einzuziehen. Die NPD und die ihr nahestehenden unorganisierten Nazis wollen diese Chance nutzen, um ihre gesellschaftliche Position und ihre soziale Verankerung zu stärken. Trotz parteiinternen Gezänks ist die NPD die stärkste organisierte neofaschistische Kraft in Deutschland - ihre Breite und Basis reicht derzeit von militanten Nazis bis hin zu einem national-konservativen Flügel. Ihre Mitgliederzahl ist mittlerweile auf über 7.200 Köpfe angestiegen, wie zuletzt Ende der 1960er Jahre setzt die NPD seit Mitte der 1990er Jahre wieder verstärkt auf öffentliche Aufmärsche, das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ erscheint inzwischen monatlich und die Partei ist für AktivistInnen der DVU, der REP und aus dem unorganisierten Lager

zu einem Sammelpunkt geworden. Die Zahl der kommunalen Abgeordneten nimmt bei jeder Wahl zu. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sitzt die Partei in den Landtagen und erhält dort jedes Jahr fast 2 Millionen Euro an Steuergeldern für ihre Hetzarbeit.

Der derzeitige Bundesvorstand um Udo Voigt setzt sich aus Teilen der so genannten Freien Kameradschaften zusammen. Gemeinsam haben sie eine „Volksfront von rechts“ ins Leben gerufen. Durch diese Zusammenarbeit unterstützen die Freien Kameradschaften einerseits die NPD bei ihren Wahlkampfaktivitäten, andererseits wird den Freien Kameradschaften eine materielle Absicherung einiger ihrer Kader - etwa auf sicheren Listenplätzen bei Landtagswahlen - zugesichert.

Zugleich besteht bis zur Bundestagswahl noch der so genannte „Deutschlandpakt“ mit der DVU. Er regelt, dass NPD und DVU bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen nicht gegeneinander antreten, sondern sich

gegenseitig unterstützen. Auch nach dem Wechsel an der Spitze der DVU - neuer Vorsitzender ist das ehemalige NPD-Mitglied und Hamburger Neonazi Matthias Faust - gilt dieses Abkommen weiter. Während die DVU in Brandenburg wieder in den Landtag will, geht es der NPD insbesondere um den Ausbau der kommunalpolitischen Verankerung, den Wiedereinzug in den Landtag von Sachsen und um die erstmalige Entsendung von Abgeordneten in Thüringen. Bei den übrigen Wahlen will die NPD über die Wahlkampfkostenerstattung vor allem ihre finanzielle Lage aufbessern.

VON ALLEINE REGELT SICH DAS NICHT...

Die in der Öffentlichkeit viel diskutierten finanziellen Probleme werden die NPD nicht daran hindern, die Wahlkämpfe entschlossen und offensiv anzugehen. Dass die FaschistInnen auch mit wenig Geld effektiv arbeiten können, haben sie schon nach der Bundestagswahl von 1972 gezeigt, nachdem sie zuviel gezahlte Vorschüsse in Höhe von 1,9 Millionen DM zurückzahlen mussten. Solange die Partei nicht verboten ist, greift das so genannte Parteienprivileg und der Partei werden Steuergelder für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Das mag aufgrund der inzwischen von der Bundestagsverwaltung verhängten Strafgerichte weniger sein als von der NPD ursprünglich veranschlagt - aber Hoffnungen, die Partei werde pleite gehen und das Problem sich auf diese Weise erledigen, sind ohne Substanz.

Die NPD wird trotz ihrer finanziellen Probleme nicht verschwinden, der Staat wird seine V-Leute innerhalb der Partei in nächster Zeit nicht abziehen

KRISENGEWINNERIN NPD?

Die NPD hat in ihren strategischen Planungen wirtschaftliche und politische Krisen fest als einen Erfolgsfaktor eingebaut.

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat das Vertrauen in die Versprechungen der sozialen Marktwirtschaft angeknackst. Die NPD spekuliert darauf, mit ihren Parolen in der jetzigen Situation weitere WählerInnen ansprechen zu können - sei es mit plattem Rassismus, der den Menschen Arbeitsplätze durch die Vertreibung der migrantischen Bevölkerung verspricht, sei es durch Sprüche gegen die „gierigen Konzerne und Heuschrecken“, hinter denen sich jedoch nur der alte antise-

mitische Wahn von der jüdischen Verschwörung verbirgt.

Arbeitslosigkeit, Krise und Sozialpolitik werden in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der NPD-Propaganda stehen. Als Lösungen bieten die FaschistInnen vor allem eine verschärfte Ausgrenzung von eingewanderten Menschen, den Ausschluss der Frauen aus dem Arbeitsmarkt und eine protektionistische Wirtschaftspolitik an. Trotz mancher radikaler Phrase, mit der die NPD insbesondere die zu Aktionen mobilisierbaren Unzufriedenen ansprechen will, bricht diese Politik nicht mit den Grundlagen des Kapitalismus.

7. JUNI 2009: KOMMUNALWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG, MECKLENBURG-VORPOMMERN, SAARLAND, SACHSEN-ANHALT SOWIE IN THÜRINGEN | WAHL ZUM EUROPAPARLAMENT (DVU TRIUMPH) | 27. SEPTEMBER 2009: KOMMUNALWAHL IN THÜRINGEN | KOMMUNALWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN | 27. SEPTEMBER 2009

und somit wird es auch kein neues Verbotverfahren geben. Ein Verbot der NPD würde zwar die gesamte extreme Rechte zurückwerfen, da eine bundesweite Struktur nicht kurzfristig neu aufzubauen ist, aber nicht das Problem der Nazis und des Faschismus beseitigen. Seit Jahrzehnten gibt es immer wieder Verbote faschistischer Gruppen. Bislang hat es in Deutschland aber nicht einmal zu einer Verankerung antifaschistischer Grundsätze oder eines Verbotes nationalsozialistischer Politik im Grundgesetz gereicht. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ernsthaftigkeit des Staates und der bürgerlichen Parteien hinsichtlich der Bekämpfung faschistischer Aktivitäten und Organisationen.

Das jüngste Beispiel eines Verbotes ist das der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HJD), die aus Teilen der vor Jahren verbotenen „Wiking-Jugend“ hervorging. Hier zeigt sich, dass eine Reorganisation faschistischer Organisationen meist problemlos möglich ist. Nur in seltenen Fällen wird die Fortsetzung der verbotenen Tätigkeit staatlicherseits verfolgt.

Darüber hinaus gilt, dass eine Politik, die den faschistischen Organisationen das Wasser abgraben will, die Gesellschaft, aus der sie entstehen, nicht aus dem Blick verlieren darf. Rassismus und Antisemitismus sind tief in der Gesellschaft verankert, Faschismus und Nationalismus speisen sich aus Grundprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft. Solange Leistungsfähigkeit und Ellenbogengesellschaft, Ausbeutung und Profit die Ideale der Gesellschaft sind, wird eine Ideologie, die auf dem Wechselspiel von Ein- und Ausgrenzung basiert und eine „Volksgemeinschaft“ durch die Benennung, Ausgrenzung und gewaltsame Verfolgung von „Sün-

denböcken“ herstellen will, nicht aussterben. Der Staat und das kapitalistische System müssten ihre eigenen Grundla-

gen in Frage stellen, wenn ein ernsthaftes Interesse bestünde, die Ideologie der Nazis grundsätzlich zu bekämpfen.

ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN... SO!


Eine Zerschlagung faschistischer Organisationen kann nur durch uns selbst erfolgen, durch eine breite Bewegung derjenigen, die sich den Kampf gegen den Faschismus und seine Grundlagen auf die Fahnen geschrieben haben. Wir können und dürfen diese Aufgabe nicht an den Staat und seinen Repressionsapparat delegieren. Stattdessen müssen wir selbst Verantwortung übernehmen und unser Recht auf antifaschistischen Widerstand durchsetzen und verteidigen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir AntifaschistInnen Nazis wirksam bekämpfen können. Durch jahrelange Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit sowie diverse Aktionen und Kampagnen gegen Nazis haben AntifaschistInnen die öffentliche Aufmerksamkeit auf faschistische Organisationen und Weltanschauung gelenkt. Erinnern wir uns nur an zwei große Ereignisse im letzten Jahr: an die Blockade gegen den RassistInnen-Kongress in Köln und an den 1. Mai in Hamburg. Oder auch die etwas länger zurückliegenden erfolgreichen Blockaden gegen Naziaufmärsche in Kiel, Berlin und anderen Orten. Dort hat sich gezeigt, dass vielfältige, breite und

entschlossene Aktionen in der Lage sind, trotz eines Großaufgebotes an Polizei, den Nazis die Straße zu nehmen und ihre Aufmärsche massiv zu stören und zu blockieren. An diese Erfahrungen und Erfolge gilt es jetzt bei den Aktionen gegen die NPD anzuknüpfen.

Egal, ob es sich um Infotische in den Fußgängerzonen der Innenstädte, weitere Aufmärsche oder sonstige öffentliche Veranstaltungen der NPD handelt – schaffen wir gemeinsam **rechtsfreie** Räume.

Tut euch zusammen, werdet aktiv, schließt euch mit den antifaschistischen Gruppen in euren Regionen zusammen. Besorgt euch über unsere Homepage weitere Informationen und Aktionsideen.



Die Kampagne seid ihr!
Alles muss man selber machen:
rechtsfreie Räume schaffen.
Weg mit der NPD.

POMMERN, RHEINLAND-PFALZ, IN SAARLAND, IN TEILEN SACHSENS, SACH-
TT AN) | 30. AUGUST 2009: LANDTAGSWAHL IN SAARLAND, IN SACHSEN UND IN
09: BUNDESTAGSWAHL | LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG (DVU TRITT AN)

ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN...

NPD-Wahlplakate einsammeln und auf Partys gegen Freigetranke einlösen | NPD Infostände blockieren und stören | neonazistische Wahlpropaganda einsammeln und in die Tonne treten | Aufmärsche verhindern oder blockieren | auf eigenen Infoveranstaltungen über Neonazis vor Ort aufklären | immer und überall neonazistischer Propaganda entgegentreten: auf dem Schulhof, im KollegInnenkreis, in der Clique, im Verein oder wo auch immer: schafft **rechts**freie Räume

SELBER AKTIV WERDEN!

Wir haben für euch eine DVD zusammengestellt, die ihr bei uns bestellen oder direkt von unserer Homepage herunterladen könnt. Auf der DVD findet ihr Infos zur Kampagne und deren Charakter, Informationen zur NPD und deren Umfeld sowie eine Vielzahl an Vorschlägen und Ideen für Aktionen. Des Weiteren findet ihr eine PowerPoint-Präsentation und einen entsprechenden Sprechtext,

mit dem ihr selbst vor Ort eine Veranstaltung zur Kampagne „Alles muss man selber machen... Weg mit der NPD!“ machen könnt, um so zu Aktionen zu mobilisieren. Ihr könnt über unsere Homepage Materialien gegen die NPD bestellen, um diese großflächig vor Ort zu verteilen: Plakate, Aufkleber, Flug- und Faltblätter zu diversen Themenfeldern der NPD.

Ab Anfang Mai könnt Ihr auf der Kampagnen-Homepage Materialien bestellen oder herunterladen:

www.selbermachen.tk

ViSdP: Else Kling, Lindenstraße 2, 21305 Hamburg-Harburg/Eißendorf

